

Elbit Systems vs. Tony Greenstein: Ein glänzendes Beispiel für das harte Vorgehen Großbritanniens gegen Palästina-Aktivismus

Emad Moussa, newarab.com, 12.04.23

Bis vor kurzem war das israelische Rüstungsunternehmen *Elbit Systems Ltd.* einer der Hauptnutznießer einiger lukrativer Verträge mit dem britischen Verteidigungsministerium. Doch im Dezember letzten Jahres wurde das Unternehmen Berichten zufolge aus zwei Verträgen über die Durchführung von Schulungen für die Britische Marine ausgeschlossen.

Das Vorgehen der Polizei und die anschließende Reaktion der Justiz standen in keinem Verhältnis zu der von den Aktivisten ausgehenden „Bedrohung“. Noch gravierender ist, dass nicht gerichtlich auf den schwerwiegenden Verstoß von *Elbit* gegen internationales Recht und Menschenrechtsnormen Großbritanniens reagiert wird.

Der Hauptsitz von *Elbit* war jahrelang das Ziel einer Kampagne von Menschenrechtsaktivist:innen, insbesondere von *Palestine Action*, wegen der Mitschuld an israelischen Kriegsverbrechen an den Palästinenser:innen. Die britischen Streitkräfte kamen zu dem Schluss, dass ihre Verbindung mit dem Unternehmen zu problematisch für ihr Image sei.

Für die Aktivist:innen, die die Mitschuld des Unternehmens an Kriegsverbrechen aufdecken wollen, bestimmen die Nachwirkungen weiterhin einen Großteil ihres Lebens. Ihre Verfahren sind ein weiteres Beispiel für die erneuten Versuche der britischen Regierung, den Aktivismus für Palästina zu unterdrücken.

Einer dieser Aktivisten ist Tony Greenstein, ein langjähriger britisch-jüdischer Antizionist und Autor, sowie ein Gründungsmitglied der Palästina-Solidaritätsbewegung. Zusammen mit fünf weiteren Angeklagten steht Greenstein, der persönlich als Hauptangeklagter bezeichnet wird, derzeit vor dem Crown Court in Wolverhampton wegen des „Besitzes von Gegenständen, mit der Absicht, Eigentum zu zerstören“, das *Elbit* gehört, vor Gericht.

Vor zwei Jahren wurde eine Gruppe von Aktivisten von *Palestine Action*, darunter auch Greenstein, auf dem Weg zu *Elbits* Fabrik für Drohnenmotoren in der Nähe von Shenstone, Staffordshire, von der Polizei angehalten.

Ziel der Aktivist:innen war es, auf das Dach der Fabrik zu klettern und es mit roter Farbe zu besprühen, um das Blut der von Israel getöteten palästinensischen Kinder zu symbolisieren und die Öffentlichkeit auf die Rolle von *Elbit* aufmerksam zu machen.

Nach seiner Verhaftung wurde Greenstein eine Woche lang in einem Haftzentrum festgehalten, bevor er in Erwartung des Prozesses auf Kautionsfreilassung wurde. Aufgrund von Covid und dem daraus resultierenden Rückstau beim Gericht wurde der Prozess um zwei Jahre verschoben. Im Falle einer Verurteilung droht dem 69-jährigen Aktivisten eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr.

Auf die bloßen juristischen Bestandteile reduziert, erscheint das Gerichtsverfahren wie ein typischer Fall von „kriminellen Verhalten“ im Zusammenhang mit Sachbeschädigung. Greenstein argumentiert jedoch, dass es der Ansatz der Justiz ist, Palästina aus der Betrachtung herauszunehmen, den Fall zu entpolitisieren und ihn einfach auf eine Straftat zu reduzieren.

Das Vorgehen der Polizei und die anschließende Reaktion der Justiz standen in keinem Verhältnis zu der von den Aktivisten ausgehenden „Bedrohung“. Noch gravierender ist, dass nicht gerichtlich auf den schwerwiegenden Verstoß von *Elbit* gegen internationales Recht und Menschenrechtsnormen Großbritanniens reagiert wird.

Darum kann man nur spekulieren, dass es dem Verteidigungsministerium bei der Kündigung der Verträge mit *Elbit* wohl eher darum ging, sich nicht öffentlich zu blamieren und weniger darum, sich an die britischen oder internationalen Gesetze zu halten, die den Einsatz tödlicher Waffen gegen Zivilist:innen betreffen.

Abgesehen davon, wurde Greenstein von pro-israelischen Gruppen als Antisemit verteufelt. Die in Großbritannien ansässige Zeitung *The Jewish Chronicle* hatte bereits negativ auf ihn fixiert und veröffentlichte mehrere Artikel, in denen „Antisemitismus“ als wiederkehrendes Thema auftauchte, entweder um Tony Greensteins Aktivismus zu „erklären“ oder um zu begründen, warum er 2018 aus der *Labour Party* ausgeschlossen wurde.

Auf die Frage, ob das nicht absurd klinge, wenn man bedenke, dass er Jude sei, erklärte er, dass in diesem Fall Antisemitismus gleichgesetzt wird mit Aktionen gegen den israelischen Staat, der der Welt fälschlicherweise als „kollektiver Jude“ vermittelt werde. Daher auch die Verquickung von Antisemitismus und Antizionismus.

Die neue Definition von Antisemitismus durch die *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* hat das Etikett „antisemitisch“ ausgeweitet und ist zu einem Anhaltspunkt für Israels Befürworter und Vertreter geworden. Die *IHRA* hat zivilgesellschaftliche Gremien auf lokaler und internationaler Ebene dazu gedrängt, die Definition zu übernehmen, da sie einen hart erkämpften Konsens unter den Ländern, die sie anwenden bedeutet.

In einem Bericht der Universität Oxford (1) aus dem Jahr 2021 wurden unwiderlegbare Beweise dafür gefunden, dass die *IHRA*-Definition in erster Linie von israelfreundlichen Gruppen und nicht von jüdischen Geschichtswissenschaftlern ausgearbeitet und ausgehandelt wurde.

Die britische Regierung übernahm die *IHRA*-Definition im Jahr 2016. Seitdem hat sie sie wiederholt als quasi-legales Instrument eingesetzt, um die freie Meinungsäußerung in Großbritannien zu behindern, wenn es um den Staat Israel ging.

So wurden beispielsweise britische Universitäten unter Druck gesetzt, die Definition zu übernehmen, da sie andernfalls finanzielle Mittel verlieren würden. Das Ergebnis war und ist es noch immer, dass die Karriere

von Akademiker:innen und Wissenschaftler:innen, die es wagen, sich für die Rechte der Palästinenser:innen einzusetzen, behindert und sabotiert wurde.

Die Verleumdungskampagne gegen Professor David Miller von der Universität Bristol und die Suspendierung der palästinensischen Akademikerin Shahd Abu Salameh durch die Universität Sheffield sind Beispiele dafür, wie die britische Regierung Antisemitismus selektiv als Waffe einsetzt, um pro-palästinensische Meinungen zum Schweigen zu bringen.

Greenstein blickt gerne auf die Geschichte zurück, um zu zeigen, dass sich die Zeiten ändern können. Politisches Engagement, das heute als kriminell gilt, kann morgen schon heroisiert werden. Nelson Mandela galt einst als „Terrorist“ und die Suffragetten-Bewegung als „kriminell“, doch heute werden sie als inspirierende Beispiele für historische Gerechtigkeit angesehen.

Die Einführung des Gesetzes über Polizei, Verbrechen, Strafen und Gerichte (*Police, Crime, Sentencing and Courts Bill - PCSC*) beunruhigt vor allem Menschenrechtsaktivist:innen. Der Gesetzentwurf räumt der Polizei nicht nur zusätzliche Befugnisse zur Unterdrückung von Protesten ein, sondern auch einen breiten Ermessensspielraum bei der Frage, was als illegaler Protest oder Aktivismus gilt. Vor dem Hintergrund der *PCSC* plant die Regierung auch die Einführung eines Gesetzes zum Verbot von *BDS*, was das Engagement derer, die sich für Gerechtigkeit in Palästina einsetzen, stark behindern würde.

Doch nicht alles ist schlecht. Auch erfolgreiche Gegenwehr ist ein wachsendes Phänomen (2). Greenstein bleibt optimistisch, dass sich die öffentliche Meinung stetig zugunsten Palästinas ändert. „Früher“, sagt er, „wurde der Antizionismus nur von einer sehr kleinen Minderheit unter den Juden vertreten. Aber heutzutage kehren immer mehr [desillusionierte] Juden und Jüdinnen dem zionistischen Staat den Rücken“.

Sein Optimismus ist nicht unbegründet. Ein Jahrzehnt, in dem die US-Demokraten eine zunehmende Sympathie für die Palästinenser bekundet haben, liegen ihre Sympathien jetzt bei den Palästinenser:innen und nicht bei den Israelis (49 % zu 38 %). Parallel dazu mehren sich die Anzeichen dafür, dass die israelische *Hasbara* in den USA an Einfluss verliert, denn immer mehr Amerikaner:innen halten es für „akzeptabel“, ja sogar für eine „Pflicht“, dass der US-Kongress die israelisch-amerikanischen Beziehungen in Frage stellt (3).

So wie es aussieht, ist eine spürbare Änderung der Regierungspolitik gegenüber Palästina in Großbritannien in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Eine Zunahme des Aktivismus könnte sogar zu einer weiteren Kriminalisierung von Solidaritätsbemühungen führen. Aber das könnte auch zu mehr Opposition führen, vor allem wenn die Redefreiheit an Voraussetzungen geknüpft wird.

In diesem Sinne blickt Greenstein gerne auf die Geschichte zurück, um zu zeigen, dass sich die Zeiten ändern können. Politisches Engagement, das heute als kriminell gilt, kann morgen schon heroisiert werden. Nelson Mandela galt einst als „Terrorist“ und die Suffragetten-Bewegung als „kriminell“, doch heute werden sie als inspirierende Beispiele für historische Gerechtigkeit angesehen. In der Vergangenheit haben Menschen den Sieg errungen indem sie Kämpfe führten, und eines Tages wird dies auch für die Palästinenser:innen der Fall sein.

Dr. Emad Moussa Wissenschaftler und Autor, der sich auf die Politik und politische Psychologie von Palästina/Israel spezialisiert hat.

Quelle: <https://www.newarab.com/opinion/elbit-vs-greenstein-uk-crackdown-palestine-activism>

1. <https://www.documentcloud.org/documents/20689366-stern-weiner-j-foi-the-politics-of-a-definition>
2. <https://www.newarab.com/opinion/what-we-should-learn-shahd-abusalamas-victory>
3. <https://pomeps.org/changing-american-public-attitudes-on-israel-palestine-does-it-matter-for-politics>

(Innerhalb des originalartikels gibt es weitere Links)

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Siehe auch den Beitrag auf Tony Greensteins Website:

What do you do when the Judge and the Prosecution Work in Harmony?

<https://tonygreenstein.com/2023/04/what-do-you-do-when-the-judge-and-the-prosecution-work-in-harmony/>